

Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,
ich begrüße Euch zur 194. Montagsdemonstration ganz herzlich.**



Aloisia als Eröffnungsrednerin der 194. Montagsdemo!

Antikriegstag!

Heute ist der 1. September und heute wird anlässlich des Überfalls der Hitler Faschisten am 1. Sept. 1939 auf Polen der Antikriegstag begangen.

Der Krieg in Georgien macht deutlich, wie sich derzeit die allgemeine Kriegsgefahr verschärft. Ich möchte in meinem kurzen Beitrag nicht auf die Hintergründe und Ursachen dieser brutalen Auseinandersetzung eingehen, sondern darauf, was das mit unserer Montagskundgebung zu tun hat.

Auf der einen Seite verarmen in Deutschland (und die Hungeraufstände in allen Teilen der Welt zeigen, dass das nicht nur in Deutschland so ist) immer breitere Teile der Bevölkerung. Sprunghaft stieg mit der Einführung der Hartz-Gesetze die Zahl der zeit- und Leiharbeiter, die trotz Arbeit arm bleiben. 4,9 Millionen Menschen sind ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl derer, die zu ihrer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einen Minijob ausüben um 10 % auf 2,15 Millionen Menschen.

Während Sozialversicherungssysteme ausgehöhlt werden und die Gesundheitskosten immer stärker auf die Bevölkerung abgewälzt werden, werden die Ausgaben im Rüstungsbereich planmäßig ausgebaut. Im Jahr 2010 sollen die deutschen Rüstungsausgaben die 20 Milliarden € Grenze überschreiten. Erstmals haben die weltweiten Rüstungsausgaben 1 Billion Dollar überschritten. Im Vergleich dazu gibt das Finanzministerium im Jahr 13,7 Milliarden € für das Bildungswesen, Wissenschaft und Forschung und für kulturelle Angelegenheiten aus. 8 Milliarden werden für Entwicklungshilfe ausgegeben. Es gibt in Deutschland mehr Panzer und Militärflugzeuge als Entwicklungshelfer.

Dass unsere Arbeitslosenstatistiken ständig geschönt werden, durch 1 € Jobs und Maßnahmen, die zwar keine bezahlte Arbeit schafft, sondern nur Arbeitslose für eine gewisse Zeit aus den Listen der Arbeitsämter streicht, ist uns bekannt. Gleichzeitig wird die Bundeswehr als Alternative propagiert und damit gleichzeitig zunehmend die Gesellschaft militarisiert. An einigen Arbeitsagenturen unterhält die Bundeswehr bereits Büros zur Anwerbung von Rekruten. Verschiedene Hartz IV Betroffene haben schon berichtet, dass ihnen Leistungskürzungen für den Fall angedroht wurden, dass sie sich weigerten, an Rekrutierungsveranstaltungen teilzunehmen.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Die Bundeswehr soll angesichts knapper Lehrstellen als Arbeitgeber schmackhaft gemacht werden. So wurden am Girlsday 2006 über 6000 Mädchen in die Dienststellen der Bundeswehr gelockt, wo ihnen die Perspektive als Soldatin aufgezeigt werden sollte. Um die Jugend verstärkt für die Bundeswehr zu gewinnen, wird zunehmend auf den Schüler Einfluss genommen. Arbeitsmaterialien für Lehrer werden ausgearbeitet, in denen suggeriert wird, dass Auslandseinsätze dem Schutz der deutschen Bevölkerung vor Terrorismus und zur Durchführung humanitärer Aktionen dienen. Pro Jahr gibt das Verteidigungsministerium 330.000 € zur Herausgabe von Unterrichtsmaterialien aus.

Aber nicht nur als scheinbare Alternative zur Arbeitslosigkeit will sich die Bundeswehr anbieten. Angesichts zunehmender Proteste und Streiks soll nach dem Vorbild der USA auch in Deutschland ein „nationaler Sicherheitsrat“ eingeführt werden, in dem sämtliche Organe der Außen-, Innen- und Sicherheitspolitik sowie der Geheimdienste gebündelt werden. Dieser nationale Sicherheitsrat sieht seine Existenzberechtigung darin, dass sich Deutschland permanent im Krieg befinde. Auch der neue EU Vertrag von Lissabon sieht u.a. europaweit vor, EU-Militär im Innern einzusetzen. In der Erläuterung der Grundrechtscharta heißt es dazu: „Eine Tötung wird nicht als Verletzung des Artikels „Recht auf Leben“ betrachtet, wenn sich durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um ... Einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.“

(dieses Zitat stammt aus einer Mitteilung des Innenministeriums vom 20.08.2008)

Diese Charta zielt darauf ab, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Widerstandsbewegungen zu behindern und mit Gewalt zu unterdrücken.

Also: Kriegsvorbereitungen im Innern und nach Außen betreffen auch alle sozialen Bewegungen und fordern uns auch als Montagskundgebungsbewegung heraus, Stellung zu beziehen, und mit der Friedensbewegung zu verbinden und durch zunehmende Vernetzung einen aktiven Beitrag gegen die wachsende Kriegsgefahr zu leisten!



Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz